Kreishaushalt 2017

HAUSHALT 2017 MIT BREITER MEHRHEIT VERABSCHIEDET!

Mit breiter Mehrheit billigte der Kreistag in seiner letzten Sitzung den durch Landrat Winfried Becker im Februar eingebrachten Haushalt 2017. Der sieht ein Plus von rund 6 Millionen Euro bei einem Etat-Volumen von 237 Mio. Euro vor. Die positive Tendenz der letzten Jahre setzt sich damit fort. Geplante Schwerpunkte sind die Investitionen in Schulen und in den Ausbau der Kreisstraßen. Details dazu auch in diesem Rundbrief. Wir setzen eigene Akzente im Haushalt: Er beinhaltet auf Antrag der Koalition auch wieder einen Kreis-ausgleichsstock in Höhe von

500.000 Euro, der in den nächsten Jahren weiter anwachsen wird. Die Kassenkredite werden weiter zurückgefahren, Bürgerbusse gefördert und das Ehrenamt unterstützt. Wir sind wenig beeindruckt von der Verweigerungshaltung der CDU-Kreistagsfraktion. So lehnten sie den Haushaltsentwurf ab, ohne einen wirklich substanziellen Vorschlag eingebracht zu haben. Der sogenannte „Pakt für den Nachmittag“ ist eine Moglepackung zu Lasten der Kommunen und die Einführung von Schulgeld durch die Hintertür. Die Betreuung der Kinder in der Schule muss kostenlos sein.

Sozialpolitik

EINGLIEDERUNGSHILFE FÜR BEHINDERTE MENSCHEN MUSS BEIM LWV BLEIBEN

Der Kreistag hat allen Bestrebungen, die Aufgaben der Eingliederungshilfe vom Landeswohlfahrtsverband wegzunehmen und auf die Landkreise und kreisfreien Städte zu übertragen, eine klare Absage erteilt. Der LWV sichert landesweit gleichwertige Standards in der Behindertenhilfe. Durch die bisherige Finanzierung über ein Umlagesystem können alle Angebote unabhängig von der Kassenlage finanziell gefördert werden. Dabei treffen die

finanziellen Belastungen über die Verbandsumlage alle hessischen Gebietskörperschaften in gleicher prozentualer Höhe, je nach ihrer jeweiligen Finanzkraft. In unserem Kreis beträgt sie rund 30 Millionen Euro in diesem Jahr. Dieser hessenweite Finanzausgleich muss in dieser Form zwingend erhaltend bleiben, da eine gute Versorgung ansonsten vom jeweiligen Wohnort und der Kassenlage des Kreises oder der kreisfreien Stadt abhängig ist.

SPD-Landtagsfraktion

IN EIGENER SACHE

Der vorliegende Rundbrief der SPD-Kreistagsfraktion befasst sich schwerpunktmäßig mit der letzten Sitzung des Kreistages. Der Kreishaushalt 2017 setzt mit seinem Dreiklang aus Investitionen, Unterstützung von kleineren Kommunen und dem Abbau der noch vorhandenen Kassenkredite neue Maßstäbe. Wie man es nicht machen soll, zeigt das Land mit seinem „Schutzschirm“. Hierzu finden sich aktuelle Informationen ebenfalls in dieser Ausgabe. Viel Spaß beim Lesen.

Ihr/Euer

Seite 2
Kreishaushalt 2017

Seite 3
„Löchriger Knirps“

KREISHAUSHALT 2017

Kreishaushalt 2017 II

Es gibt in diesem Jahr drei Investitionsschwerpunkte: 25 Millionen Euro sollen in diesem Jahr in die Unterhaltung der Schulen gesteckt werden. Weitere 12,4 Millionen Euro in den Ausbau von Kreisstraßen und 1,4 Millionen

Euro als weitere Rate eines Darlehens von insgesamt 8,8 Millionen Euro für den Breitbandausbau an die Breitband GmbH um bis zum Jahr 2019 alle Kommunen im Landkreis mit Breitband zu versorgen. Die Arbeiten verlaufen derzeit nach Plan und in Knüllwald-Remsfeld

konnte bereits ein erster Teilabschnitt in Betrieb genommen werden.

Schulen

Zahlreiche Schulen sollen energetisch saniert werden, das bedeutet, dass sie neue Fenster, Türen, Fassaden, Dächer und Heizungen erhalten. Die größten Projekte sind: Haupt- und Realschule Homberg mit einer Million Euro, die Grundschule am Stellberg in Homberg mit 850.000 Euro. In Gudensberg sollen für die Gesamtschule und die Grundschule zusammen rund 2,56 Millionen Euro verbaut werden. In Treysa sind für das Schwalm-Gymnasium

1,7 Millionen Euro und für die Haupt- und Realschule Treysa 1,1 Millionen Euro vorgesehen. Auch die Grundschule in Treysa soll für 700.000 Euro saniert werden. In Melsungen werden in die Berufsschule 1,2 Millionen Euro investiert und in die

Der Schuldenstand durch Investitionen könnte in diesem Jahr auf 74,3 Millionen Euro anwachsen, sofern die geplanten Ausgaben alle realisiert werden können. Die Verschuldung wächst nur, weil das Land zwar 15 Millionen Euro aus dem KIP

für uns zur Verfügung stellt, der Schwalm-Eder-Kreis dafür aber einen Kredit von fast 5,0 Millionen Euro aufnehmen muss. Das Land wiederum übernimmt 80 Prozent der Tilgung. Ein Zuschuss wäre trotz der niedrigen Zinsen sinnvoller gewesen.

Burgsitzschule Spangenberg weitere 1,6 Millionen Euro.

Straßen

Die größten Investitionen im Straßenbau sind die Kreisstraße zwischen Ellenberg und Altenbrunlar mit rund 1,84 Millionen Euro, sowie die Ortsdurchfahrten Rothhelmshausen mit 885.000 Euro und Leuderode mit 465.000 Euro. Weiterhin sind Planungskosten von 50.000 Euro für die Erneuerung der Brücke bei Wagenfurth eingeplant. In den nächsten drei Jahren sollen für das Projekt 2,5 Millionen Euro ausgegeben werden.

Bildung

Der Kreistag hat auch auf unseren Antrag mehr Kurse für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses beschlossen. Derzeit bietet die Vhs jährlich einen Kurs an. Die Teilnehmer müssen Fahrtkosten und Kursgebühr selbst tragen. Künftig können zwei Kurse im jährlichen Wechsel in Schwalmstadt und Fritzlar sowie Homberg und Melsungen angeboten werden. Die Kosten für die Teilnehmer werden dann entfallen. In weitere Überlegungen sollen Jobcenter, sowie die IHK einbezogen werden.

Wir investieren in die Zukunft!

SCHUTZSCHIRM? - LÖCHRIGER KNIRPS!

Das Land Hessen lobt sich überall für seine angeblich kommunalfreundliche Politik und die Erfolge seines Schutzschirms. Auch im Schwalm-Eder-Kreis gibt es fünf Schutzschirmkommunen. Die Schattenseite dieser Entwicklung wird von CDU

und Grüne gerne und oft verschwiegen. Die Kommunen wurden nämlich durch die CDU/Grüne Landesregierung gezwungen, den Bürgerinnen und Bürgern erheblich in die Taschen zu greifen und

gleichzeitig Leistungen zu reduzieren. So wurde der Schutzschirm zum Schlagstock gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Alleine die Kommunalsteuern und die Gebühren wurden 2016 im Vergleich zum Jahr 2012 um rund 1,36 Milliarden Euro erhöht und gleichzeitig die Investition nochmals um rund 100 Millionen Euro gekürzt. Trotz Schutzschirm sind seit 2012 die Schulden der hessischen Kommunen weiter gestiegen. Sie lagen Ende 2015 bei 18,2 Milliarden Euro. Mit dem Schutzschirm wurden nicht einmal die kommunalen Defizite in Hessen, die zwischen 2010 und 2015 durch die mangelhafte Finanz-

ausstattung entstanden sind (insgesamt nämlich fast 7 Milliarden Euro), aufgefangen. Erkauft wurde der Schutzschirm mit einer Kürzung des kommunalen Finanzausgleiches von zunächst 344 Millionen Euro jährlich. Seit 2011 bis heute

lich weiterhin sehr, sehr hohe Kassenkredite. Hier tickt die Zeitbombe weiter!

Aber anstelle die Kommunen wiederum in eine neue Runde der Erhöhungen von Kommunalsteuern

hineinzutreiben (800 Prozentpunkte für die Grundsteuer B sind da schon einmal als Orientierungssatz vorgesehen, wie es aus den Überlegungen des Innenministers für den Erlass zu Reduzierungen der Altdefizite hervorgeht, ist ein Entschuldungsprogramm für

Kassenkredite durch das Land dringend notwendig.

Notwendig ist ein Programm mit dem die Altdefizite der Kommunen durch echte Landeshilfe abgebaut werden!

sind genau die 2,8 Milliarden Euro zusammengekommen, die das Land für den Schutzschirm insgesamt aufwendet. Die Kommunen haben damit den Schutzschirm teuer erkauft.

Dass es mit dem Schutzschirm nicht getan ist und der Schutzschirm ein löchriger Knirps ist, weiß die Landesregierung selbst. Anders sind ihre Überlegungen zu einem Erlass des Innenministers zum Abbau der Altdefizite der hessischen Kommunen nicht erklärbar. Bundesweit haben die Kommunen in Hessen nämlich sehr hohe Kassenkredite, rund 6,5 Milliarden Euro. Übrigens: Viele der Schutzschirm-Kommunen haben selbstverständ-

Impressum
SPD-Kreistagsfraktion
Bahnhofstraße 36c
34582 Borken (Hessen)

05682/5341
spd-kreistagsfraktion-sek
@spd.de

Redaktion:
Günter Rudolph, MdL
Dr. Stephan Lanzke